

RATHAUSREPORT

15. Jahrgang

51. Stadtverordnetenversammlung vom 10. September 2008

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 8/08

► Tierheim ► Garagen ► Palmenzelt




Die Stadtverordneten beschlossen mit großer Mehrheit folgende Erklärung:

Liebe Potsdamerinnen, liebe Potsdamer,

die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt bitten Sie:

- Gehen Sie am 28. September 2008 zur Wahl. Jede Stimme ist wichtig; auch Ihre.
- Geben Sie Ihre Stimme den Kandidaten der demokratischen Parteien und Wählervereinigungen.
- Setzen Sie damit ein Zeichen gegen Rechtsextremismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz.
- Gemeinsam für ein tolerantes, gewaltfreies und friedliches Miteinander in unserer Stadt.
- Gemeinsam sind wir stark gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Potsdam, 10. September 2008

 Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser, am 10./15. September fand die letzte Sitzung der Stadtverordneten vor den Kommunalwahlen statt. Meine Fraktion hat noch einmal versucht, „unerledigte Hausaufgaben“ aus der vergangenen Wahlperiode zu thematisieren, darunter den Bau eines neuen Tierheimes auf dem Gelände der Landeshauptstadt, die Sicherung weiterer Garagenstandorte, die Sicherung der freien Kulturangebote und die Schaffung eines Ersatzangebotes für den Jugendklub S 13 und den Spartacus e. V., die Schaffung eines Bürgertreffs in der Waldstadt II. Stolz sind wir auch darauf, dass nach langer Diskussion endlich auch das Einzelhandelskonzept der Landeshauptstadt beschlossen ist. Leider ist nicht alles gelungen, was wir uns vorgenommen haben. Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass diese Themen und vor allem die gleichberechtigte Entwicklung aller Potsdamer Stadt- und Ortsteile und Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin das Handeln der Fraktion DIE LINKE bestimmen werden. Auch nach dem 28. September 2008.



In diesem Sinne bitte ich Sie, die Programme der demokratischen Parteien und Wählervereinigungen kritisch zu prüfen und am 28. September 2008 zur Wahl zu gehen oder mittels Briefwahl von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

*Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL*



im September Von Birgit Müller

„Wer glaubwürdig sein will,
muss den ständigen Dialog suchen“

Heinz Goldmann

Liebe Leserinnen und Leser, heute, wenige Tage vor der Kommunalwahl, möchte ich Ihnen meine Bilanz als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, die ich mittlerweile fast 15 Jahre ununterbrochen im Amt bin, vorstellen. 2003 zogen 10 Parteien und Vereinigungen in die SVV ein; 9 davon bildeten 7 Fraktionen. In diesen 5 Jahren haben die Stadtverordneten 5022 Drucksachen als Beschluss-, Fraktions- und Ausschussanträge, Anfragen, große und kleine Anfrage sowie Mitteilungsvorlagen behandelt. Viele dieser Anträge haben dazu beigetragen, dass unsere Stadt ein Stück schöner wird, wenn auch zur Zeit viele langfristige Baustellen nerven. Auf unser neues Theater haben wir und das Ensemble viel zu lange warten müssen, nach nunmehr 17 Jahren konnte es im September 2006 in der Schiffbauergasse eröffnet werden. Wir müssen aber leider auch am gleichen und anderen Standorten den Einbruch bei den freien Trägern der Jugendkultur registrieren. Dabei müssen wir uns selbst vorwerfen, nicht rechtzeitig nachgefragt zu haben. Erstmals wurde eine Bürgerbefragung durchgeführt, deren Ausgang für alle Beteiligten ungewiss war. Seit verganginem Jahr ist der Bürgerhaushalt auf einem guten Weg; die Auftaktveranstaltung im Juli diesen Jahres hat dies mit einem voll besetzten Plenarsaal bewiesen. Sie, liebe Leserinnen und Leser, haben in der Einwohnerfragestunde uns auf Probleme aufmerksam gemacht, die Ihnen am Herzen lagen. Dennoch wünschte ich mir, dass wir alle noch aktiver in einen ständigen Dialog treten.

Die Autorin ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Sozialrabatt

Auf Antrag der LINKEN soll der OB beauftragt werden, anknüpfend an den auf Initiative der Linksfraktion gefassten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Einführung eines Sozialtarifs im Rahmen der Energieversorgung gemeinsam mit den Stadtwerken einen Vorschlag zu erarbeiten, wie durch Maßnahmen der Energieeffizienz sozial bedürftige Haushalte unterstützt werden können. Rolf Kutzmutz, DIE LINKE hatte den Antrag begründet und zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Zukunft von Waschhaus und Lindenpark

Nach heftiger kontroverser Debatte, die am Tag darauf in den Medien als Wahlkampf auf dem Rücken der Soziokultur diffamiert wurde, wurde der Antrag der LINKEN in den Hauptausschuss zur Behandlung nach den Kommunalwahlen überwiesen. Und dabei hatte die LINKE nur beantragt, dass der OB die künftige Struktur des Lindenparks und des Waschhauses so ausgestalten möge, dass eine getrennte Trägerschaft für beide Einrichtungen den Vorrang hat. Ziel der LINKEN war und ist es, die Entscheidung über diese beiden Einrichtungen nicht auf den St.-Nimmerleinstag zu verweisen.

Bürgertreff

Nach heftiger Debatte und zunächst negativer Signale aus den anderen Fraktionen

fand der Antrag der LINKEN zur Einrichtung eines Bürgertreffs in der Waldstadt II überraschend doch eine Mehrheit. Der Oberbürgermeister wurde so aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um den ehemaligen Buchladen neben der Stadtbibliothek in der Waldstadt II als Bürgertreff für das Wohngebiet zu sichern. Die Räumlichkeit soll auch durch die Bürgerinitiative Waldstadt II genutzt werden können und zugleich Standort für das Quartiersmanagement in der der Waldstadt II sein.

Garagen in der Waldstadt I

Obwohl vom OB als „Lobby für Garagenbesitzer, die der Stadtentwicklung widerspricht, diffamiert, setzte sich die LINKE mit ihrem Antrag durch, dass der OB aufgefordert wird, durch konkrete Maßnahmen den Erhalt der Garagenstandorte Tiroler Damm und Unter den Eichen zu ermöglichen. Dabei geht es um eine dauerhafte Sicherung dieser Standorte, zumindest aber für einen Zeitraum von 10 Jahren. Im Übrigen stimmte selbst der OB letztendlich für diesen Antrag. Ob das wohl an den bevorstehenden Wahlen und seiner Kandidatur in diesem Wahlkreis liegt?

Jugendbefragung

Ob es in Potsdam eine umfassende soziologische Befragung zur Situation aller Jugendlichen und jungen Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren, wie von der LINKEN beantragt, geben wird, beraten nun die zuständigen Ausschüsse.



Am 28. August eröffnete das Porta-Einrichtungshaus auf der DREWITZER BRACHE. Ein Erfolg, zu dem auch die Linke maßgeblich beigetragen hat.

⊘ Abgelehnt

Barrierefreiheit

DIE LINKE wollte erreichen, dass die Verwaltung eine Übersicht zur Barrierewirkung der Nuthestraße und der Eisenbahnstrecken in Potsdam erarbeitet mit dem Ziel, Potenziale für eine Überwindung der städtebaulichen Barrierewirkung dieser Verkehrsbauten zu analysieren. Diesem Ansinnen folgte die Mehrheit der jedoch nicht.

Palmenzelt

Die LINKE wollte erreichen, dass der OB dafür Sorge trägt, dass die seitens der

Verwaltung notwendigen Schritte für die Genehmigung eines Festbaus der Weißen Flotte anstelle des Palmenzeltes zügig vorgeht. Die Fraktion sieht dieses Vorhaben als Maßnahme der Wirtschaftsförderung für ein profilgebendes Unternehmen in Potsdam an, weshalb bis Ende diesen Jahres die erforderlichen Voraussetzungen für die Genehmigung des Baus geschaffen werden sollten.

Dies wurde jedoch von der Mehrheit der StVV nicht so gesehen, da sie davon ausgeht, dass die Verwaltung schon auf einem richtigen Weg sei.

☺ Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Im Ergebnis der Prüfung der Verwendungsnachweise von Fördermitteln zum Betrieb der Villa Grenzenlos wurden diverse Beanstandungen festgestellt. Dieter Scharlock, DIE LINKE, erkundigte sich nach den Konsequenzen und Schlussfolgerungen, die die Verwaltung aus dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes gezogen hat. Der Kämmerer erläuterte, dass neben der Durchsetzung von „Selbstverständlichkeiten“ beim künftigen Einsatz und Nachweis von Fördermitteln eine Überarbeitung der entsprechenden Dienstanweisung erfolgte, versierte Ansprechpartner in der Verwaltung tätig seien und diejenigen Mitarbeiter, die nur temporär mit Förderfragen konfrontiert seien, künftig besser geschult und mit entsprechenden Unterlagen ausgestattet werden.

☺

Hella Drohla, DIE LINKE, wollte wissen, welche Möglichkeiten die Verwaltung sieht, auf die vielfach in die Kritik geratene Arbeitsweise des Staatlichen Schulamtes Brandenburg Einfluss zu nehmen. Die Fragestellerin bezog sich dabei u. a. auf den unwürdigen Umgang bei der Verabschiedung des Schulleiters der Fontaneschule, die nicht nachvollziehbaren Umsetzungen von Lehrern und die arrogante Missachtung von Empfehlungen von Ausschüssen. Obwohl sie die Intention der Frage verstehe, so die zuständige Beigeordnete, müsse sie jedoch darauf hinweisen, dass es eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Schulamt gibt. Wenn Probleme auftreten, suche man den Dialog, auch in den angesprochenen Einzelfällen. Nicht für alles sei das Schulamt verantwortlich. Auf den Hinweis von Hella Drohla, dass Entscheidungen von Schulkonferenzen keine Berücksichtigung in der Arbeit des Schulamtes fänden, verwies die Beigeordnete auf das Brandenburgische Schulgesetz, dass die Rechte dieser Einrichtungen regelt.

☺

Welche Möglichkeiten die Verwaltung sieht, auf dem Gelände der Schiffbauergasse bzw. an anderer Stelle Graffiti-Sprayer eine Chance für ihre kreative Betätigung zu geben, wollte Karin Schröter, DIE LINKE, erfahren. Dabei ging es ihr um legale Angebote. Die zuständige Beigeordnete versicherte, dass die Verwaltung dieses Anliegen von jungen Menschen ernst nehmen, da dies Bestandteil der Stadtkultur sei. Man sei bestrebt, ähnlich dem Beispiel in Groß Glienicke legale Flächen bereitzustellen, an denen sich dann die Jugendlichen produzieren können und in Eigenregie dafür sorgen sollen, dass das jeweilige Areal in Ordnung gehalten werde. Darüber hinaus stehe man mit den Jugendklubs in Verbindung, um Möglichkeiten für weitere legale Sprayerflächen auszuloten. Auf die Zwischenfrage von Karin Schröter, ob auch daran gedacht sei, in der Schiffbauergasse eine legale Sprayerwand aufzu-

stellen, „so könnte eine ganz andere Farbe auf das Areal gebracht werden“, sagte die Beigeordnete, dass sie vorrangig auf Jugendklubs orientieren möchte.

☺

Der Biergarten an der „fabrik“ könne in dieser Saison noch durch eine Übergangsgenehmigung genutzt werden, so die Baubeigeordnete auf eine entsprechende Frage von Karin Schröter. Der Verein habe die Angelegenheit nicht ausreichend vorbereitet und so kann perspektivisch noch nichts gesagt werden. Die Genehmigung sei auf das Jahr 2008 begrenzt.

☺

Die Sanierungsarbeiten am Schulgebäude in der Haackelstraße gehen planmäßig voran, sagte die Beigeordnete. Der 12. Bauabschnitt werde Anfang Oktober fertig sein, in den Oktoberferien ist der Umzug vorgesehen und im Jahr 2009 werde weiter gearbeitet werden. Karin Schröter bemerkte, dass man den Eindruck gewinnen könne, dass die Sanierung sehr sparsam vorangehe. Dem widersprach die Beigeordnete und klärte auf, dass vorrangig Ertüchtigungsarbeiten für die Erhöhung der Sicherheit, für die Sanierung des Treppenhauses usw. vorgenommen würden.

☺

Das Fischhaus wird definitiv abgerissen und kann definitiv auch bis dahin nicht zwischengenutzt werden, so die zuständige Beigeordnete auf Anfrage von Karin Schröter. Das Gebäude sei in einem sehr schlechten Zustand, war ja ursprünglich für das Auslaichen von Fischen errichtet worden und wäre schon längst weg, wenn nicht einige Bauteile gesundheitsschädlich seien und derzeit die fachgerechte Entsorgung geprüft würde.

☺

Für die Bushaltestelle Neues Palais/Lindeallee seien zwischenzeitlich ausreichend Papierkörbe aufgestellt und deren Reinigung erfolge regelmäßig durch die STEP, antwortete die Baubeigeordnete auf die Frage von Ralf Jäkel, DIE LINKE.

☺

Bislang sei nirgends detailliert geprüft worden, ob an zentralen Stellen Potsdamer Hauptverkehrsstraßen Unterquerungen für Fußgänger eingerichtet werden können, sagte die Baubeigeordnete auf die entsprechende Frage von Ralf Jäkel. Dies sei auch weiterhin nicht beabsichtigt, da man davon ausgehe, dass Fußgänger „gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer“ seien, die auch als solche behandelt werden sollen. Außerdem beleben sie das Straßenbild auch an Hauptstraßen und Kreuzungen.

☺

Warum beim Neubau der Fahrbahn der Breiten Straße vor dem Filmmuseum seit

etlichen Wochen keinerlei Baufortschritt erkennbar ist, fragte Ralf Jäkel. Die Baubeigeordnete stellte richtig, dass die Bauarbeiten sich im Plan befänden und keinerlei außerplanmäßige Behinderungen auftreten würden.

☺

Ralf Jäkel fragte dann noch, um welches Vorhaben es sich auf dem früheren Kita-/Lidl-Grundstück Auf dem Kiewitt 21 handeln würde, für das bereits seit Dezember 2006 eine Baugenehmigung vorliegt. Die Baubeigeordnete sagte, dass der Bau von 18 Wohneinheiten mit 36 Stellplätzen im Untergeschoss im August 2007 genehmigt wurde, die Genehmigung einen Zeitraum von 6 Jahren umfasst und sie zum Beginn der Arbeiten nichts sagen könne. Da es sich um ein Bauvorhaben an sensibler Stelle handelt, fragte Ralf Jäkel nach, warum die zuständigen Ausschüsse der StVV nicht einbezogen worden sind. Dazu meinte die Beigeordnete, dass sie dies nachholen und im Rahmen der erteilten Baugenehmigung informieren werde.

☺

Jana Schulze, DIE LINKE, fragte nach dem konkreten Anlass, der zur kompletten Umzäunung der bisher unbebauten Flächen im Gewerbegebiet im Kirchsteigfeld an der Ricarda-Huch-Straße führte. Die Baubeigeordnete informierte darüber, dass es sich um ein Grundstück von 7,8 ha handle, für das die Eigentümerin die Aufsichtspflicht habe. Nach Bekanntwerden der Umzäunung durch die Anfrage von Jana Schulze habe man sich jedoch mit der Eigentümerin in Verbindung gesetzt, die zumindest den Eingriff in den öffentlichen Straßenraum zunächst rückgängig gemacht hat. Nichtsdestotrotz sei die Eigentümerin aber zur Sicherung der Baustelle verpflichtet, weshalb der Bauzaun stehen bleiben würde.

Übrigens

Keine Bruttoregistertonnen

Im Bericht des Oberbürgermeisters rühmte Jann Jakobs noch einmal den Erfolg, dass ca. 500 bedürftige Kinder der Stadt künftig ein ermäßigtes Mittagessen erhalten werden. Als Hans-Jürgen Scharfenberg zum wiederholten Maße darauf hinwies, dass es einer reichen Stadt wie Potsdam gut zu Gesicht stünde, wenn künftig alle bedürftigen Kinder ein kostenloses Schulessen erhalten könnten, meinte der OB, dass es ihm nicht um Bruttoregistertonnen, sondern um Inhalte geht. DIE LINKE wird weiter für das kostenlose Mittagessen eintreten.



Angenommen

Klage gegen Havelausbau

Dr. Wolfgang Grüttner, DIE LINKE, appellierte eindringlich an die Stadtverordneten, sich noch einmal eindeutig gegen den Ausbau des Sacrow-Paretzer Kanals auszusprechen und die Verwaltung zu beauftragen, fristgemäß gegen den entsprechenden Planfeststellungsbeschluss zu klagen. Dies führte zu einer emotionalen Debatte darüber, ob die Stadt überhaupt klagebefugt sei oder nicht, was jedoch nichts daran änderte, dass sich eine Mehrheit für den LINKEN-Antrag fand. Sollte keine Klagebefugnis bestehen, soll die Stadt alle Möglichkeiten nutzen, sich gegen den geplanten Havelausbau zu wehren und klageführende Verbände unterstützen. Die SPD-Fraktion, die lediglich ein politisches Signal gegen den Havelausbau wollte, musste sich den Hinweis von Hans-Jürgen Scharfenberg gefallen lassen, dass sie wieder einmal den Mund spitze ohne zu pfeifen.

Bereits im Hauptausschuss am 24. September soll über die bis dahin unternommenen Schritte informiert werden. Übrigens hatten auch die Mitglieder der StVV, die als Rechtsanwälte tätig sind, unterschiedliche Meinungen zu dem Problem. Dies veranlasste den Oberbürgermeister zu der Bemerkung: „Er ist ein guter Jurist und auch sonst von mäßigem Verstand!“

Standortsuche

Nach dem der Antrag der Linksfraktion zu einem möglichen Ersatzstandort für den Jugendklub S 13 und den Spartacus e. V. unter Einbeziehung des Minsk und dessen Entwicklung zu einem Zentrum der Jugendkultur mit 19 zu 24 Stimmen abgelehnt wurde, fand der Antrag der Fraktion Die Andere zu diesem Thema eine Mehrheit. Die Verwaltung wurde beauftragt, einen Variantenvergleich für die Weiterführung der Angebote des ehemaligen Kulturstandortes Schlossstr. 13 an verschiedenen Standorten der Stadt prüfen und kurzfristig dem Hauptausschuss zur weiteren Entscheidung vorzulegen. Zuvor hatte Hans-Jürgen Scharfenberg deutlich erklärt, dass DIE LINKE erreichen will, dass dieses Problem noch in der jetzt laufenden Wahlperiode gelöst wird, zumal der OB bereits im April 2008 durch die Stadtverordneten auf Antrag der LINKEN beauftragt wurde, zügig einen neuen Stand-

ort nachzuweisen. Er warf dem OB vor, dass dieser das Problem nicht zur Chefsache gemacht habe und der Eindruck verstärkt würde, dass die Wiederherstellung der Mitte der Stadt um jeden Preis, auch um den der Herausdrängung der Jugend, erreicht werden soll. Dies sei jedoch mit der LINKEN nicht zu machen.

Verkehrsregelung

Auf Initiative von vier Mitgliedern des Eingabenausschusses, darunter Siegmund Krause und Dr. Wolfgang Grüttner (beide DIE LINKE) wurde der OB aufgefordert, die für den Bereich Brauhausberg/Leipziger Straße am 1. September 2008 festgesetzte Verkehrsregelung unter öffentlicher Anhörung der betroffenen Anwohner kritisch mit dem Ziel einer Prüfung zu unterziehen, sie durch eine Verkehrsregelung zu ersetzen, die sowohl den Anwohnerinteressen als auch den erforderlichen Bedingungen für die Baumaßnahmen in der Speicherstadt entspricht. Bis zum 30. September 2008 soll dies abgeschlossen sein und der Hauptausschuss ständig über den weiteren Verlauf unterrichtet werden.

Tierheim in Potsdam

Als eine große Fehlentscheidung der Wahlperiode bezeichnete Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, die Schließung des Potsdamer Tierheimes. Es sei alles andere als rühmlich, so Scharfenberg, dass Potsdam die einzige Landeshauptstadt sei, die kein Tierheim habe. Auch der Umgang mit der europaweiten Ausschreibung zeuge von wenig Professionalität. Seine Fraktion sei nicht mehr bereit, damit zu rechnen, dass der OB schon die richtigen Schritte gehen würde und deshalb fordere sie den OB auf, nach der Aufhebung des Vergabeverfahrens zur Betreuung der Fundtiere in Potsdam zügig die Voraussetzungen für den Neubau bzw. die Errichtung eines Tierheimes in Potsdam zu schaffen. Dazu muss zeitnah eine Ausschreibung vorbereitet werden, die den Bau eines Tierheimes auf dem Grundstück in Eiche zum Inhalt hat. Zielstellung ist, bis 2010 die Fundtierbetreuung wieder in einem Tierheim in der Landeshauptstadt zu gewährleisten. Zudem soll der Hauptausschuss der StVV unmittelbar in das weitere Vorgehen eingebunden und monatlich informiert werden. Der OB „freute“ sich auch über diesen Antrag der LINKEN und meinte, man solle jetzt mal „keine Vergangenheitsbewältigung“ betreiben, sondern

nach vorn schauen. Ein Schelm, der Arges dabei denkt. Der Antrag der LINKEN wurde einstimmig angenommen.

Produzierendes Gewerbe

Der Anteil von Firmen mit produzierendem Gewerbe ist seit 1990 in Potsdam rückläufig. Der Standort habe sich neu profiliert, Arbeitsplätze sind in anderen Bereichen geschaffen worden. Gebraucht werde aber auch produzierendes Gewerbe, Ansiedlungsbemühungen sind bis auf wenige Ausnahmen nicht erfolgreich gewesen. Im Ranking von 34 Städten nimmt Potsdam so auch den letzten Platz bei Gewerbeansiedlungen ein. Dies, so Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, hat die Fraktion veranlasst, den Antrag zu stellen, der StVV im Dezember 2008 konkrete Maßnahmen zur Stärkung des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes in Potsdam vorzulegen. Außerdem forderte die LINKE, für die in Vorbereitung befindliche Ansiedlung eines führenden Zulieferers der Automobilbranche auf dem ehemaligen RAW-Gelände die erforderlichen Genehmigungsverfahren vorrangig abzusichern, um die industrielle Großinvestition zügig zum Erfolg zu führen. Nachdem selbst der OB erklärt hatte, dass er sich „freuen würde, wenn der Antrag beschlossen würde“, stimmte eine Mehrheit der StVV dafür.

Internetpräsenz

Auf Antrag der LINKEN wurde der OB beauftragt, die Internetpräsenz der Potsdamer Ortsteile zu einer lebendigen Plattform der Information, des Austausches und der Diskussion der Bürgerinnen und Bürger weiter zu entwickeln. Dabei sollen Berücksichtigung finden die Informationen der Ortsbeiräte, von Bürgerinnen und Bürgern an die Ortsbeiräte, die Informationen aus Vereinen, Verbänden usw. Die Internetkommunikation soll so zu einem Kommunikationsraum für die Bürgerinnen und Bürger entwickelt werden. Im Dezember 2008 muss die Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Umsetzung des Auftrages schriftlich informiert werden. All das soll natürlich in Abstimmung mit den Ortsbeiräten erfolgen.

Potsdamer Tafel

Kurz vor Ende der Wahlperiode fand der Antrag der LINKEN zur Schaffung geeigneter dauerhafter Räumlichkeiten für die Potsdamer Tafel doch noch eine Mehrheit. Der OB wurde beauftragt dafür zu sorgen, dass die Räumlichkeiten im ehemaligen Rechenzentrum in der Breiten Straße/Dortustraße durch die Potsdamer Tafel genutzt werden können. Bereits am 24. September muss der OB im Hauptausschuss über die eingeleiteten Maßnahmen informieren.



Was – wann – wo

Kommunalwahl im Land Brandenburg

Wahl der Stadtverordneten sowie der Ortsbeiräte in der Landeshauptstadt Potsdam
28.09.2008, 8 – 18 Uhr

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE LINKE-Stadtraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119